

Das Projekt Eibia erwacht nach drei Jahren wieder zum Leben

Das Niedersächsische Umweltministerium setzt auf Bürgerbeteiligung

Barne. 47 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat Niedersachsen als erstes Bundesland einen vollständigen Überblick über seine Rüstungsalasten. In der Bestandsaufnahme des Umweltministeriums vom November 1991 sind insgesamt 223 Standorte als „potentielle“ Gefahrenbereiche dokumentiert, darunter auch das Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Barne. Damit ist Niedersachsen führend in der Statistik der mit chemischen Substanzen aus der Munitions- und Kampfstoffproduktion kontaminierten Flächen. Die Gründe sind in den günstigen Standortbedingungen für die Rüstungsproduktion und in der Tatsache zu sehen, daß das Land Niedersachsen in den letzten Kriegsmonaten des Zweiten Weltkriegs das Rückzugsgebiet der deutschen Wehrmacht war. Folgerichtig hat das Umweltministerium in Hannover 1988 eine erste flächendeckende Bestandsaufnahme vorgenommen.

Für Politik und Verwaltung stellen Rüstungsalasten ein neues Gebiet dar. Entsprechend gering sind die Erfahrungen im Umgang mit diesem Erbe aus den beiden Weltkriegen. Es mußte festgestellt werden, daß eine von der betroffenen Bevölkerung akzeptierte Gefährdungsabschätzung und Sanierung allein durch die Verwaltung nicht möglich ist. Die Gesamthochschule Kassel hat ein Gutachten erstellt, aus dem hervorgeht, daß sich diese Gruppe dem BUND Umweltministerium schon diese offene Informationspolitik und hat alle Analyseergebnisse und Gutachten der Interessenvertreter der Betroffenen (BIWAS) zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wirkt die BIWAS an der Ausgestaltung jedes einzelnen Verfahrensschrittes mit.

In Hinblick auf dieses Beispiel hofft auch Wook auf eine Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und den hiesigen verantwortlichen Ämtern, um die nächste Phase der konkreten Gefährdungseinschätzung voranzutreiben, damit es möglichst bald zu einer Sanierung kommen kann. Ob es zu dieser uneingeschränkten Kooperation kommen wird, bleibt abzuwarten. **sg**

Nachdem es mehr als zwei Jahre ruhig war um das Projekt, weil man eine eindeutige Kontaminierung des Geländes nicht feststellen konnte, ergriff Joachim Wook kürzlich die Initiative und forderte eine Wiederaufnahme und Weiterführung der Untersuchungen durch das niedersächsische Umweltministerium. Er stützt sich dabei auf Aussagen der Gesamthochschule Kassel, die die Altlastengebiete in Niedersachsen in Kategorien nach Verseuchungsgrad und Nutzung geordnet hat. Das Barmer Gebiet erhielt mit der Einstufung in den Block A die höchste Priorität, was besagt, daß eine weitere Gefährdungsabschätzung für den Standort unbedingt erforderlich ist. Diesmal sollen die Betroffenen jedoch direkt beteiligt werden. Bei der Gefähr-

dungsabschätzung der potentiellen Rüstungsalasten in einem ähnlich belasteten Gebiet in Empele bei Hannover, betreibt das Umweltministerium schon diese offene Informationspolitik und hat alle Analyseergebnisse und Gutachten der Interessenvertreter der Betroffenen (BIWAS) zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wirkt die BIWAS an der Ausgestaltung jedes einzelnen Verfahrensschrittes mit.

In Hinblick auf dieses Beispiel hofft auch Wook auf eine Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und den hiesigen verantwortlichen Ämtern, um die nächste Phase der konkreten Gefährdungseinschätzung voranzutreiben, damit es möglichst bald zu einer Sanierung kommen kann. Ob es zu dieser uneingeschränkten Kooperation kommen wird, bleibt abzuwarten. **sg**

Verwaltungsausschuß tagt Montag

Dörwerden. Da der Haushaltsplan für das Jahr 1993 bisher noch nicht verabschiedet worden ist, muß sich der Verwaltungsausschuß auf seiner nicht öffentlichen Sitzung am Montag, den 8. Februar, um 15 Uhr im Dörwender Rathaus noch einmal mit diesem Thema befassen. Von der SPD-Fraktion liegt ein Antrag vom 28. Januar zur Verabschiedung des Haushaltes vor, der pauschale Kürzungen des Personal- und Sachaufwandes vorsieht. Dadurch würde die Zuführung vom Vermögenshaushalt erhöht und der Verzicht auf eine Kreditaufnahme ermög-

licht. Vom Rechnungs- und Kommunalprüfungsamt des Landkreises Verden liegt die Prüfung für das Haushaltsjahr 1991 vor, die noch vom Rat beschlossen werden muß ebenso wie die Entlastung des Gemeindedirektors. Auf der Tagesordnung des Verwaltungsausschusses steht auch wieder der Dauerbrenner Eibia-Gelände auf dem ehemaligen Rüstungsalast in Barne. Dazu ist inzwischen ein Gutachten eingetroffen, daß weitere Vorgehensweise vorzuschlagen ist. Darüber werden wie über die Auftragsvergabe für die Sanierung des Kanalnetzes im Bereich der Steinsiedlung. **sg**

Eibia-Altlasten: Land will Bürger beteiligen

Umweltministerium schrieb an Joachim Woock

Dörverden-Barme (ptv). Eine späte Genugtuung könnte die „Eibia“-Arbeitsgemeinschaft des Verdener Berufsschullehrers Joachim Woock erfahren. Das Land Niedersachsen will kompetente Bürgerinitiativen und Arbeitsgemeinschaften offiziell am Untersuchungsverfahren für Rüstungsaltlasten beteiligen. Das Angebot kommt reichlich spät, denn die Arbeitsgruppe hatte bereits vor mehr als fünf Jahren im Barmer Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik ausgiebig recherchiert und den Behörden so manchen guten Tip gegeben.

Lange Zeit war es still um die Altlasten auf dem ehemaligen Eibia-Gelände. Doch kürzlich meldete sich das Niedersächsische Umweltministerium bei Joachim Woock. Ein Expertenteam des Wissenschaftlichen Zentrums Mensch-Umwelt-Technik (MUT) an der Gesamthochschule Kassel habe sich Gedanken über Beteiligungsmodelle gemacht, teilte der zuständige Referent im Umweltministerium, Hans-Jürgen Rapsch, mit. Das Ergebnis der Arbeit: „Eine möglichst frühzeitige Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei der Gefährdungsabschätzung von Rüstungsaltlasten ist sinnvoll.“

In einem zweiten Schritt wollen die MUT-Wissenschaftler drei konkrete Beteiligungsmodelle erarbeiten. Dafür haben sie sich neben Empelde und Liebenau auch Dörverden-Barme mit dem Eibia-Gelände ausgesucht. In welchem Umfang die Eibia-AG (die mittlerweile in der BUND-Kreisgruppe aufgegangen ist), am Verfahren beteiligt werden soll, wird erst im zweiten Teil des Gutachtens erörtert. Erscheinen wird diese Studie voraussichtlich im kommenden August.

Dörverden-Barme wurde in das Modellprojekt aufgenommen, weil die Eibia-Flächen intensiv militärisch genutzt werden, im Trinkwassereinzugsgebiet liegen und gleichzeitig Kindern als „Abenteuerspielplatz“ und Bürgern zur Naherholung dienen. Besondere Bedeutung messen die Autoren der Kasseler Studie den Bundeswehrsoldaten zu, die täglich auf dem Gelände Dienst tun. Sie seien am stärksten betroffen und müßten ebenfalls am Verfahren beteiligt werden.

Die Beteiligung betroffener Bürger und kompetenter Organisationen wird Teil eines

Phasenmodells sein, das im Umweltministerium Hannover entwickelt wurde und auf die insgesamt 223 niedersächsischen Rüstungsaltlasten-Standorte angewandt werden soll. Die erste Phase „Erfassung und Erkundung“ scheint bereits abgeschlossen zu sein. Daran hatte die Eibia-AG seinerzeit auch ohne offiziellen Auftrag einen erheblichen Anteil. In einer dicken Broschüre lieferte sie Daten und Fakten aus der Geschichte der Munitionsfabrik und schilderte überdies ausführlich den gegenwärtigen Zustand des Geländes. Für diese Arbeit wurden die BBS-Schüler in einem Bundeswettbewerb hoch gelobt.

Die Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) als Eigentümerin und ihr Tochterunternehmen IBAG hatten sich damals nicht besonders kooperativ gegenüber der Eibia-AG gezeigt. Auch die Behörden, mit Ausnahme der Gemeinde Dörverden, hatten gegenüber den Amateurforschern aus den Berufsbildenden Schulen ziemlich zugeknöpft reagiert.

Heute befürchtet AG-Leiter Joachim Woock, daß sich die Verdener Fachbehörden beim Landkreis und das Staatliche Amt für Wasser und Abfall Verden (StAWA) nicht mehr zuständig fühlen, weil das Land die Federführung übernommen hat. Woock wandte sich in einem Schreiben an beide Verwaltungen. Er möchte unter anderem wissen, ob Kreis und StAWA an der Phase zwei (Voruntersuchungen) teilnehmen werden. Der BBS-Lehrer will sich auf jeden Fall am Eibia-Verfahren beteiligen. Davon geht auch das Umweltministerium aus. Es hat dem lokalen Experten bereits das Eibia-Gutachten übersandt. Diese Bestandsaufnahme der IVG war der Eibia-AG bisher immer verweigert worden.

Umweltministerium legt Gutachten vor

Dörverden „reich“ an Altlasten

Hohes Gefährdungspotential für das Kaligelände in Hülsen ermittelt

Dörverden. Das Thema Rüstungsaltlasten im Kreisgebiet hat mit dem jüngsten Gutachten des Niedersächsischen Umweltministeriums eine neue, besorgniserregende Wende genommen. 1988 waren in einer ersten, sehr kurzfristigen Bestandsaufnahme der Staatlichen Ämter für Wasser und Abfallur 67 niedersächsische Standorte aus dem Rüstungsbereich ermittelt worden; aus dem Landkreis Verden gehörte nur das Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Dörverden dazu.

Joachim Wook, der sich seit rund fünf Jahren um Untersuchungen auf diesem Gelände bemüht, legte uns inzwischen die dritte Fortschreibung der Bestandsaufnahme vom November 1992 mit einer detaillierten Beschreibung von 340 Verdachts-

flächen und einer Bewertung nach dem Gefährdungspotential vor. Schwerpunkt dieser kontinuierlichen Bearbeitung war es, den Kenntnisstand über alle bekannten Flächen, auf denen Rüstungsaltlasten vermutet werden, zu verbessern und nach der Durchführung einer Vorrecherche eine kompetente und vollständige Gefährdungsabschätzung zu erstellen.

Zur Bewertung der Verdachtsflächen wurde ein Klassifizierungssystem eingeführt: In dem jüngsten Schreiben des Umweltministeriums sind 174 Standorte mit nachgewiesenen Rüstungsaltlasten dem Block A zugeteilt worden, 20 Gebiete befinden sich als Verdachtsflächen in dem Block B und 146 Standorte wurden als ehemalige Verdachtsflächen

erkannt.

Das dritte Gebiet mit hohem Gefährdungspotential ist das Kaligelände in Hülsen, auf dem sich von 1911 bis 1924 das Kalibergwerk „Wilhelmine-Carlsgrück“ und ab 1938 eine Munitionsanstalt befanden. Die 10 000 bis 30 000 Tonnen Munition, die dort gelagert waren, wurden nach dem Krieg an Ort und Stelle vernichtet. Fünf Gebiete im Landkreis Verden sind im Block C als ehemalige Verdachtsflächen eingestuft worden.

Joachim Wook, bei dem alle Unterlagen bis jetzt eingegangen sind, hat aus Zeitgründen die Betreuung des Hülsener Gebietes dem Grünen-Abgeordneten Ehler Lohmann übertragen. Bei der Weiterführung der Untersuchungen auf dem Eibia-Gelände hofft er auf eine enge Zusammenarbeit mit den Verdener Behörden. Der Landkreis und das Staatliche Amt für Wasser und Abfall bekundeten in ihrem Antwortschreiben auf eine Anfrage Wooks die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation, wenn das Umweltministerium grünes Licht und konkrete Vorschläge bekannt geben würde. Wook befürchtet allerdings, daß das Projekt aus finanziellen Gründen wieder geraume Zeit ruhen wird.

Verdener Aller-Zeitung, 27.02.93

Dörverdener VA befaßt sich mit den Altlasten

Verwaltungsausschuß tagtr heute im Rathaus

Dörverden

Dörverden. Auf der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am heutigen Montag, den 8. März, um 15 Uhr, im Dörverdener Rathaus wird unter anderem die Änderung des Grundsatzbeschlusses zum Baumschutz und die Förderung zur Belebung der Landschaft zur Sprache kommen. Neue Infor-

mationen soll es zum Thema Rüstungaltlasten auf dem Eibia-Gelände und im Gewerbegebiet Hülsen geben. Weitere Punkte auf der Tagesordnung sind der Abschluß eines Zusatzvertrages mit der Gesellschaft für Landeskultur in Bremen über die Dorferneuerungsberatung in Westen und die Erweiterung der Straßenbeleuchtung am Schützenweg in Hülsen.

Verdener Aller-Zeitung, 08.03.93

VN
11.
9.
93

Keine Verhandlungen über Rüstungsaltlasten

Niedersachsen beharrlich: Der Bund soll zahlen

Von unserem Korrespondenten Jens Dudziak

Hannover. Die rot-grüne Landesregierung Niedersachsens wird weiter darauf bestehen, daß der Bund sämtliche anfallenden Kosten für die Sanierung von Rüstungsaltlasten übernimmt. Im Koalitionsausschuß einigten sich SPD und Grüne gestern darauf, Verhandlungen mit der halbstaatlichen Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) über einen Vergleich sofort abzubrechen. Mit dieser Entscheidung piffen die Koalitionäre Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) zurück.

Griefahn hatte am Vortag auf eine dringliche Anfrage der Grünen im Landtag überraschend bestätigt, daß sie bereits seit 1991 mit der IVG Gespräche über einen Vergleich nach hessischem Vorbild führe. Als Rechtsnachfolgerin von Hitlers Rüstungsindustrie, den Montan-Industrie-Werken, gehören der IVG in mehreren Bundesländern ehemalige Fabrikgrundstücke, die zum Teil erheblich mit Munitions- und Giftgasrückständen verseucht sind. In Hessen kaufte sich die Gesellschaft, die sich derzeit noch zu 55 Prozent im Bundesbesitz befindet, Ende 1990 aus ihrer Verantwortung frei.

Auch Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn hatte sich damals höchst empört gezeigt, als das Land Hessen für ganze 25 Millionen Mark die Sanierung der vergifteten Grundstücke von der IVG auf seine Kappe nahm. Die Folge: Das Geld reichte noch nicht einmal für die erforderlichen Bodenanalysen aus. Bei der Beseitigung der eigentlichen Altlasten sind die Hessen seit 1990 noch kein Stück weiter.

Die Grünen in Niedersachsen fühlten sich deshalb wie vor den Kopf gestoßen, als

sie von Griefahn erfuhren, daß auch sie mit der IVG Gespräche über einen Vergleich führt. Beteuerungen der Ministerin, daß es sich dabei nur um Sondierungsgespräche handele, konnten den kleineren Koalitionspartner nicht beschwichtigen. Die Fraktionsvorsitzende Thea Dückert war auch deshalb so besonders erbost, weil sie damit eine Bundesratsinitiative kontakariert sah, mit der die Landesregierung dem Bund grundsätzlich alle Kosten für die Beseitigung von Kriegsmüll aufbürden will.

Auf welche Summe sich diese Kosten belaufen, kann zumindest für Niedersachsen niemand genau sagen. Nach einer Bestandsaufnahme des Umweltministeriums sind derzeit zwölf ehemalige Fabrikgrundstücke bekannt, die mit Spreng- und Kampfstoffen verseucht sind. Hinzu kommen mehr als 100 Verdachtsflächen.

Wieviel Geld für die Entgiftung tatsächlich gebraucht wird, soll so schnell wie möglich ermittelt werden. Und: Wenn möglich, soll das Land das Unternehmen per Verfügung zu einer schnellen Sanierung der Flächen zwingen.

Freikauf von Altlasten in Barme?

Umweltschützer: Verhalten der bundeseigenen IVG ist ein Skandal

Dörverden-Barme (eb). Umweltschützer im Kreis Verden befürchten, daß sich die bundeseigene Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) von ihrer Verantwortung für Rüstungsaltlasten unter anderem in Dörverden-Barme freikaufen will. Wie Eckhard Lenk vom Verdener Verein für Regio-

nälgeschichte mitteilt, plane der Bund den Verkauf seiner Beteiligung an dem Unternehmen. Um an der Börse attraktiver zu sein, habe die IVG deshalb versucht, sein Altlastenproblem zuvor gegen eine Geldzahlung auf das Land Niedersachsen abzuwälzen.

Der Förderverein für Regionalgeschichte, die Rüstungsaltlasten-AG im BUND-Kreisverband und die Geschichtswerkstätten Verden und Achim seien über den Versuch empört, teilte Lenk mit. Die IVG habe der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn ein Angebot nach hessischem Muster unterbreitet. In Hessen, so Eckard Lenk, habe die IVG vor drei Jahren der damaligen CDU-Landesregierung 25 Millionen Mark für die Sanierung verseuchter Bänke auf IVG-Grundstücken in Hessisch-Lichtenau, Stadtallendorf und Kassel gezahlt. Dieser Betrag reicht nach Ansicht der Umweltschützer bei weitem nicht aus. Für die Beseitigung der Rüstungsaltlasten allein in Hessen seien mindestens 100 Millionen Mark erforderlich. So werde Hessen eine dringend gebotene Sanierung letztlich zu drei Vierteln nur mit Steuergeldern verwirklichen können.

Die Beseitigung der Rüstungsaltlasten auch auf dem Eibia-Gelände in Barme wären dem Steuerzahler beinahe nach dem gleichen Muster aufgebürdet worden, berichtet Eckard Lenk. Seit 1991 hätten die Umweltministerin und die IVG als Rechtsnachfolgerin früherer Rüstungsunternehmen hinter den Kulissen über eine „Abstandszahlung“ verhandelt.

Ein abruptes Ende fanden die Kontakte, als sie im Landtag durch eine Anfrage des Verdener Grünen-Abgeordneten Erich von Hofe öffentlich gemacht wurden. Monika Griefahn bestätigte, daß ihr Ministerium mit der IVG verhandele. Die Grünen im Landtag werteten den Freikaufversuch der IVG sogleich als Skandal. Sie drückten im Koalitionsausschuß der rot-grünen Landesregierung durch, daß die Verhandlungen sofort gestoppt wurden.

Des weiteren erwirkten die Grünen eine niedersächsische Bundesratsinitiative: Der Bund und nicht das Land Niedersachsen solle die Kosten in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark für die Beseitigung von Munitions- und Giftgasrückständen tragen, heißt es im Text. Außerdem soll das Um-

weltministerium in Hannover jetzt prüfen, wie das Unternehmen zu einer möglichst schnellen Sanierung der belasteten Grundstücke gezwungen werden könne.

Die Kreisverdener Umweltschützer im Regionalverein, den Geschichtswerkstätten und dem BUND halten es für „skandalös“, daß sich ein wirtschaftlich starkes Unternehmen wie die IVG vor seiner öffentlichen Verantwortung für die Rüstungsaltlasten offensichtlich drücken will.“ Sie haben recherchiert und erfahren, daß der Immobilienwert des Unternehmens auf „mehr als zwei Milliarden Mark“ geschätzt wird. Bei einem Umsatz von 387 Millionen Mark im vergangenen Jahr habe die IVG einen Gewinn von 34 Millionen Mark erwirtschaftet. „Eine vergleichsweise hohe Nettorendite von etwa zehn Prozent“, lautet der Kommentar von Eckard Lenk.

Nachdem die Umweltministerin im Parlament gestoppt werden konnte, stellten die Umweltschützer dem zuständigen Ministerialbeamten Hans-Jürgen Rapsch die Frage, wie es weitergehen solle. Laut Eckard Lenk habe Rapsch erklärt, das in Dörverden-Barme bisher nichts Umwerfendes gefunden worden sei. Ein Ingenieurbüro sei beauftragt, Proben zu ziehen. „Man tastet sich an das Gefährdungspotential heran“, zitierte Lenk den Umweltbeamten.

Den Umweltschützern in Verden reicht das nicht aus. Nach der Erkundung des Geländes in Dörverden müsse ein Sanierungsplan aufgestellt werden, sagen sie und fordern gleichzeitig: „Eine noch zu gründende Altlastensanierungs-Gesellschaft soll unabhängig von Behörden- und Firmeninteressen arbeiten, damit wirklich Transparenz herrscht“.

VERDENER NACHRICHTEN
27.10.93

Die IVG wird jetzt voll privatisiert

Bonn (dpa). Die Industrieverwaltungsgesellschaft AG (IVG), bisher Dienstleistungsunternehmen im Auftrag der Bundeswehr, soll jetzt völlig privatisiert werden. Der Bundesanteil von noch 50,4 Prozent am Grundkapital von 120 Mill. DM soll am 7. Dezember von einem Bankenkonsortium an ein breites Anlegerpublikum verkauft werden. Bundesfinanzminister Waigel erklärte dazu, seit ihrer Börseneinführung habe sich die IVG, vor allem tätig in den Bereichen Immobilien und Transport — sie wartet aber auch den deutschen Teil der Nato-Pipeline und betreibt das Tanklager auf dem Flughafen München II —, sehr erfolgreich entwickelt und das Vertrauen breiter Anlegerkreise gewonnen. Bei Börseneinführung im Jahr 1986, als der Bund seinen vollen Anteil auf 55 Prozent verringerte, hatte das Unternehmen mit einem Kurs von 165 DM begonnen und vor einigen Monaten teilweise bei bereits 700 DM gelegen. Am Montag notierte die Aktie mit 660 DM nach 656 DM am Freitag. 1993 hatte der Bund eine Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM nicht mitgemacht und so seine Beteiligung von 55 auf 50,4 Prozent reduziert.

Verdener Nachrichten

02. 12. 93

„Altlasten notfalls auch im Boden lassen“

Umwelt-Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion traf sich zur Sitzung in Dörverden

Verden (ptv). Das Gefährdungspotential der Rüstungsalllasten in der Gemeinde Dörverden werde von der Landes-SPD gewiß nicht unterschätzt, versicherte Wolfgang Jüttner, Vorsitzender des sozialdemokratischen Arbeitskreises innerhalb der Landtagsfraktion. Bei einem Treffen des Arbeitskreises mit Vertretern der Gemeinde Dörverden, dem Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA), dem Naturschutzbund und zwei Mitarbeitern des Ingenieurbüros Born und Ermel (Achim-Baden) in der Dörverdener „Pfefermühle“ begrüßte Jüttner, daß die Umweltministerin Monika Griefahn letztlich doch auf einen fragwürdigen Handel mit der bundeseigenen Industrieverwaltungs-

gesellschaft (IVG) verzichtet habe. Wie berichtet, wollte sich die IVG, der unter anderem das Eibia-Gelände in Barme gehört, mit mehreren Millionen aus der Verantwortung pauschal freikaufen.

Der Bund dürfe sich angesichts unkalulierbarer Kosten bei der Beseitigung der gefährlichen Altlasten nicht herausziehen, pflichtete die Verdener Landtagsabgeordnete Christina Bührmann ihrem Parteifreund bei. Sie hatte das Treffen in Dörverden arrangiert. Wichtigste Übereinkunft der Landtagspolitiker mit dem stellvertretenden Bürgermeister Horst Austermann: Möglichst noch im kommenden Jahr sollen die Bürger in Barme und Hülsen auf Bürgerversammlungen über den

Stand der Untersuchungen informiert werden.

Für den Umweltschutzbeauftragten Lutz Brockmann steht längst noch nicht fest, welche Gefährdungen von den Rüstungsalllasten in Barme und Hülsen ausgehen. Damit befassen sich zur Zeit Jürgen Zilkenat und Volker Schnibben vom Achimer Ingenieurbüro Born und Ermel. Sie werden ihr Gutachten voraussichtlich im August dem Umweltministerium vorlegen. Dann könne man vielleicht mehr sagen. Sollte die Gefährdung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten stehen, so der Landtagspolitiker Jüttner, müsse man eventuell die Altlasten im Boden belassen.

Verdener Nachrichten, 03.12.93